Stand: 24.04.2024 13:09:51

Vorgangsmappe für die Drucksache 16/7615

"Zensus 2011: Datenschutzsensible Durchführung sicherstellen"

Vorgangsverlauf:

1. Dringlichkeitsantrag 16/7615 vom 01.03.2011
2. Beschluss des Plenums 16/7645 vom 02.03.2011
3. Plenarprotokoll Nr. 69 vom 02.03.2011

Dringlichkeitsantrag

der Abgeordneten **Margarete Bause, Dr. Martin Runge, Ulrike Gote, Christine Kamm, Dr. Sepp Dürr, Christine Stahl, Susanna Tausendfreund, Simone Tolle** und **Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)**

Zensus 2011: Datenschutzsensible Durchführung sicherstellen

Der Landtag wolle beschließen:

- I. Die Staatsregierung wird aufgefordert, eigene Handlungsspielräume bei der Umsetzung des Zensus 2011 zu nutzen.
Insbesondere sollen
 1. Fragebögen den zu Befragenden auf Anfrage in fremden Sprachen zur Verfügung gestellt werden. Auch für die Fragebögen für die Wohnungs- und Gebäudezählung werden Übersetzungshilfen zur Verfügung gestellt.
 2. Hilfsmerkmale zum frühestmöglichen Zeitpunkt nach dem Berichtszeitpunkt gelöscht werden. Die vom Zensusgesetz 2011 ermöglichte Lösungsfrist von vier Jahren darf bei weitem nicht ausgeschöpft werden.
- II. Die Staatsregierung wird aufgefordert zu berichten
 1. wie sie sicherstellen will, dass keine Mitglieder der NPD oder Anhänger anderer rechtsextremistischer Organisationen als Erhebungsbeauftragte oder bei der Datenaufarbeitung am Zensus mitwirken,
 2. in welchen sensiblen Sonderbereichen in Bayern Ausnahmen von der Erhebung gemacht werden,
 3. über die den einzelnen Kommunen zur Durchführung der Befragung zugewiesenen Mittel und die Einschätzungen der Kommunen über die anfallenden Kosten.

Begründung:

Der Zensus erfasst weit mehr als die bisher genannten 10 Prozent der Bürgerinnen und Bürger. So werden neben den Befragten auch Daten über dessen Familienmitglieder erhoben, zudem sollen 100 Prozent der Wohneigentümer in Deutschland auch nach den Bewohnern aller Wohnungen befragt werden und hierbei jeweils mindestens ein Bewohner angegeben werden. Die Fragen sind weitreichend und zum Teil nicht zielführend für heutige politische

Entscheidungen, wie etwa die Erhebung des früheren Wohnsitzes im Ausland sowie des Ankunftsjahres bei deutschen Staatsbürgern. Politisch falsch ist u. E. die Ausdehnung des Zensus auf die verpflichtende Angabe der Zugehörigkeit zur katholischen oder evangelischen oder orthodoxen Kirche oder jüdischen Gemeinden sowie auch die freiwillige Angabe der Zugehörigkeit zu anderen Glaubensrichtungen.

Zu I.

Zu 1:

Es gibt zwar Fragebögen in fremden Sprachen. Diese sollen jedoch nur an die Erhebungsbeauftragten ausgegeben werden und diesen als Übersetzungshilfe dienen. Die Erhebungsbeauftragten können dann die Fragen gemeinsam mit den zu Befragenden beantworten. Damit sind Menschen, die eine Übersetzungshilfe benötigen, faktisch gezwungen, die Fragebögen mit den Erhebungsbeauftragten zusammen auszufüllen. Dies ist vor allem dann problematisch, wenn keine Vertrauensbasis zu dem Erhebungsbeauftragten besteht. Auch Ausländerinnen und Ausländer sollten die Möglichkeit haben, die Fragen alternativ online beantworten zu können.

Zu 2:

Personenbezogene Daten sollen bis zu maximal vier Jahre aufbewahrt werden können. Dieser Zeitraum ist zu lang, die personenbezogenen Daten sind wesentlich früher zu löschen.

Zu II.

Zu 1:

In anderen Bundesländern zeigte die NPD auf ihren Websites hohes Interesse an der Mitwirkung beim Zensus, Absicht sei, „zahlreiche Rückschlüsse auf mentale Befindlichkeiten, soziale Probleme und politische Stimmungen im Lande“ zu ziehen. Die Befragungen könnten dann „den Grundstein für eine nationaldemokratische Marktforschung zur idealen Wähleransprache legen“.

Es wäre für die Betroffenen außerordentlich fatal, wenn verschiedene sensible Daten wie die über Religionsgemeinschaften oder Migrationshintergrund in die Hände von Rechtsextremisten fallen würden.

Zu 2:

Die Staatsregierung soll berichten, ob und wenn ja, welche Ausnahmen von der Erhebung für Sonderbereiche gemacht werden.

Für nach wie vor verfassungsrechtlich problematisch ist die unvollständige Anonymisierung der Erhebung in Sonderbereichen (Wohn- und Altenheime, Gemeinschaftseinrichtungen etc.) einzustufen. Nach einer Auskunft des Statistischen Bundesamtes sollen Menschen, die in Heimen leben, zu 100 Prozent befragt werden. Dazu gehören auch Frauenhäuser, Justizvollzugsanstalten, Kinderheime, Seniorenheime, Forensik etc. Auf die Erhebung der personenbezogenen Daten sollte hier verzichtet werden.

Zu 3:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, über die im Rahmen des Konnexitätsprinzips an die Kommunen zu übertragenden finanziellen Mittel und Auswirkungen zu berichten.

Beschluss

des Bayerischen Landtags

Der Landtag hat in seiner heutigen öffentlichen Sitzung beraten und beschlossen:

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten **Margarete Bause, Dr. Martin Runge, Ulrike Gote, Christine Kamm, Dr. Sepp Dürr, Christine Stahl, Susanna Tausendfreund, Simone Tolle** und **Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)**

Drs. 16/7615

Zensus 2011: Datenschutzsensible Durchführung sicherstellen

- I. Die Staatsregierung wird aufgefordert, eigene Handlungsspielräume bei der Umsetzung des Zensus 2011 zu nutzen.
Insbesondere sollen
 1. Fragebögen den zu Befragenden auf Anfrage in fremden Sprachen zur Verfügung gestellt werden. Auch für die Fragebögen für die Wohnungs- und Gebäudezählung werden Übersetzungshilfen zur Verfügung gestellt.
 2. Hilfsmerkmale zum frühestmöglichen Zeitpunkt nach dem Berichtszeitpunkt gelöscht werden. Die vom Zensusgesetz 2011 ermöglichte Lösungsfrist von vier Jahren darf bei weitem nicht ausgeschöpft werden.
- II. Die Staatsregierung wird aufgefordert zu berichten
 1. wie sie sicherstellen will, dass keine Mitglieder der NPD oder Anhänger anderer rechtsextremistischer Organisationen als Erhebungsbeauftragte oder bei der Datenaufarbeitung am Zensus mitwirken,
 2. in welchen sensiblen Sonderbereichen in Bayern Ausnahmen von der Erhebung gemacht werden,
 3. über die den einzelnen Kommunen zur Durchführung der Befragung zugewiesenen Mittel und die Einschätzungen der Kommunen über die anfallenden Kosten.

Die Präsidentin

I.V.

Franz Maget

II. Vizepräsident

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Präsidentin Barbara Stamm

Abg. Christine Kamm

Abg. Andreas Lorenz

Abg. Florian Ritter

Abg. Florian Streibl

Abg. Dr. Andreas Fischer

Präsidentin Barbara Stamm: Ich rufe auf:

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Dr. Martin Runge,

Ulrike Gote u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Zensus 2011: Datenschutzsensible Durchführung sicherstellen (Drs. 16/7615)

Zunächst darf ich Herrn Kollegen Hartmann das Wort erteilen.

(Ulrike Gote (GRÜNE): Frau Kamm!)

Entschuldigung. Das war meine Schuld. Als Nächste hat Frau Kamm das Wort.

Christine Kamm (GRÜNE): Im letzten Dringlichkeitsantrag der heutigen Sitzung geht es um die Sicherstellung der datenschutzsensiblen Durchführung des Zensus 2011. Wir haben beim Zensus leider schon sehr viele Weichenstellungen durch das Bundesstatistikgesetz sowie auch durch das bayerische Durchführungsgesetz in diesem Hause erlebt. Der Zensus steht unmittelbar bevor. Im April werden die Bürgerinnen und Bürger mit Fragebögen zur Volkszählung konfrontiert. Daher ist dieser Antrag außerordentlich dringlich und ich bin sehr froh, dass wir ihn heute noch behandeln können.

Der Antrag gliedert sich in zwei Teile: in einen Antragsteil, der darauf abzielt, dass die Erhebungsfragebögen in fremden Sprachen nicht nur den Interviewern, den Erhebungsbeauftragten, zur Verfügung gestellt werden, sondern auch den Befragten, so dass sie selbstständig, wenn sie möchten, die Befragung online durchführen bzw. sich selbst schlau machen können, was die Kommentare zu den einzelnen Fragen in ihrer Heimatsprache bedeuten.

Zum anderen beantragen wir, dass die Hilfsmerkmale, also die personenbezogenen Daten, zum frühestmöglichen Zeitpunkt nach dem Erhebungszeitpunkt gelöscht werden. Die vom Zensus-Gesetz ermöglichte Löschfrist von vier Jahren darf bei Weitem nicht ausgeschöpft werden. Das gilt insbesondere für sensible Sonderbereiche. Dies sind beispielsweise Krankenhäuser, psychiatrische Einrichtungen, Justizvollzugsanstal-

ten, Frauenhäuser usw. Gerade dort ist diese Forderung besonders wichtig, weil es in diesen Einrichtungen zu einer hundertprozentigen Erfassung der Personen kommen soll. Es wäre außerordentlich fatal und sicherlich bedenklich, wenn diese personenbezogenen Daten auf irgendeine Art und Weise durch Probleme im Vollzug in die Hände Dritter gerieten.

Zum Zweiten ist im Antrag ein Berichtsteil enthalten. Wir fordern die Staatsregierung auf zu berichten, wie sie sicherstellen will, dass keine Mitglieder der NPD oder anderer extremistischer Organisationen als Erhebungsbeauftragte oder bei der Datenaufarbeitung am Zensus mitwirken. Wir streichen das Wort "rechts-" bei "rechtsextremistisch". Ich bin von mehreren Kollegen in diesem Haus gebeten worden, dies zu tun. Der Hintergrund, warum wir ursprünglich "rechtsextremistisch" geschrieben haben, ist der, dass bisher die NPD und andere rechte Organisationen ihr hohes Interesse an der Mitwirkung beim Zensus bekundet haben und glauben, dies politisch nutzen zu können. Von anderen extremistischen Organisationen war uns dies nicht bekannt; aber unbeschadet davon würden wir bei II.1 das Wort "rechts-" streichen. Uns geht es darum,

(Unruhe - Glocke der Präsidentin)

dass es durch die Mitwirkung von NPD-Mitgliedern nicht dazu kommt, dass Adressdaten beispielsweise jüdischer Bürgerinnen und Bürger in die Hände von Organisationen oder Personen kommen, die diese nicht bekommen dürfen.

Wir fordern die Staatsregierung weiterhin auf, darzulegen, in welchen sensiblen Sonderbereichen Ausnahmen von der personenbezogenen Erhebung gemacht werden und gemacht werden können. Vielleicht können wir hierbei auch noch eine Verbesserung im Hinblick auf den Datenschutz erzielen. Außerdem fordern wir einen Bericht in Hinsicht auf die Umsetzung des Konnexitätsprinzips, da bereits erste Kommunen gesagt haben, sie könnten mit den vorhandenen finanziellen Mitteln nicht auskommen.

Der Zensus ist hinsichtlich des Fragebogens bereits festgelegt. Dennoch möchte ich nochmals darauf aufmerksam machen, dass wir bedauern, dass im Vorfeld keine weitergehenden Schritte im Hinblick auf den Datenschutz getroffen werden konnten und diese jetzt leider nicht mehr möglich sind. Beispielsweise ist durchaus zu kritisieren, dass im Zensus unter anderem auch gefragt werden soll, wer bzw. wessen Eltern 1956 oder später in das heutige Gebiet der Bundesrepublik eingereist sind. Ich denke, wir brauchen gute Daten für unsere gute Politik. Wir brauchen gute Daten, aber diese Daten brauchen wir nicht. Eine bessere Bildungspolitik braucht diese Daten nicht und eine bessere Umwelt-, Sozial- oder Wohnungspolitik ebenfalls nicht.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Mehr als problematisch ist überdies die verpflichtende Erfassung der Religionsgemeinschaftszugehörigkeit. So wird zum Beispiel gefragt, ob jemand römisch-katholisch ist oder der Evangelisch-Freie Kirche, der Orthodoxen Kirche, der Jüdischen Kirche oder sonstigen Religionsgemeinschaften angehört. Aus datenschutzrechtlicher Sicht handelt es sich um ein äußerst sensibles Erhebungsmerkmal, und es wäre wirklich gut gewesen, auf dieses Merkmal zu verzichten. Umso notwendiger ist es, wenigstens sicherzustellen, dass diese Daten nicht in unbefugte Hände gelangen. Dies wollen wir mit diesem Antrag erreichen, und hierfür bitten wir um Ihre Zustimmung.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Präsidentin Barbara Stamm: Vielen Dank. Die nächste Wortmeldung hat Herr Kollege Lorenz; er ist schon da. Bitte schön.

Andreas Lorenz (CSU): Sehr geehrte Frau Präsidentin, werte Kolleginnen und Kollegen! Angesichts der Tatsache, dass wir im Hohen Hause sowie in diversen Ausschüssen bereits grundsätzliche Diskussionen zum Zensus geführt haben, spare ich mir die allgemeinen Ausführungen und gehe gleich auf den Dringlichkeitsantrag der GRÜNEN ein.

Wir werden Ihrem Antrag zustimmen, auch wenn wir vielen Formulierungen, die Sie in der Begründung gemacht haben, nicht folgen können. Aber das, was Sie zumindest in Ihrem Antrag fordern, wird ohnehin getan, und das, was Sie im zweiten Punkt fordern, ist ebenfalls bereits geregelt. Es spricht überhaupt nichts dagegen, über Dinge, die bereits jetzt vorgesehen und gut geregelt sind, zu berichten.

Sie fordern, dass die Übersetzung des Fragebogens den Bürgern zur Verfügung gestellt wird. Natürlich ist dies sinnvoll und richtig. Alles andere wäre nicht sinnvoll. Aber ich möchte auch klar feststellen: Beim offiziellen Fragebogen, also beim Erhebungsbogen, ist die Amtssprache Deutsch. Das heißt, das Ausfüllen des offiziellen Erhebungsbogens hat auf dem deutschen Fragebogen zu erfolgen, und selbstverständlich kann die Übersetzung hilfsweise, falls jemand dies wünscht, ausgehändigt werden. Aber ausgefüllt wird, damit kein Missverständnis auftritt, der deutsche Bogen. In welcher Form der Befragte dies tut, ob er es online oder mit Freunden, Bekannten, der Familie oder auch selbst macht, ist selbstverständlich der Person zu überlassen. Insofern trifft natürlich Ihre Begründung zu Punkt 1 nicht zu. Dies ergäbe keinen Sinn und war so auch nicht beabsichtigt.

Ich kann Ihnen auch sagen, in welchen Sprachen der Fragebogen angeboten werden soll: Das sind die Sprachen Türkisch, Russisch, Serbokroatisch, Italienisch, Polnisch und Englisch. Natürlich wird auch bei der zweiten Frage, bei der Gebäude- und Wohnraumzählung, die Möglichkeit gegeben, eine Übersetzung in den genannten Sprachen zu finden. Diese soll online erfolgen. Ob es vielleicht noch möglich ist, dass man sie dem Erhebungsbeamten mitgibt, müssen wir noch prüfen. Aber online ist auf jeden Fall auch an ein Übersetzungsverfahren gedacht.

Zum nächsten Punkt. Die Staatsregierung wird aufgefordert, über die drei Punkte zu berichten. Auch dies ist geregelt, und zwar auch im Zensusgesetz, § 14 Absatz 1. Darin steht ganz klar, dass es ein strenges Auswahlverfahren für die Auswahl der Prüfer, der Erhebungsbeamten gibt. Das ist gängige Praxis, im Übrigen auch bei anderen Statistiken wie dem Mikrozensus. Darin ist klar geregelt, dass nur solche Personen

eingesetzt werden, die die Gewähr für Zuverlässigkeit und Verschwiegenheit bieten. Sofern zum Beispiel aufgrund der beruflichen Tätigkeit oder aus anderen Gründen Anlass zur Besorgnis besteht, dürfen diese Personen nicht ausgewählt werden.

Die Daten sind selbstverständlich vertraulich zu behandeln. Wenn jemand dagegen verstößt, dann steht das unter Strafe. Hier gilt § 203 des Strafgesetzbuchs. Die Sache ist also ganz klar geregelt. Es handelt sich da um eine gängige Praxis, die auch für andere Erhebungen maßgebend ist.

Bezüglich der Konnexität gibt es eine Vereinbarung mit den kommunalen Spitzenverbänden. Auch da ist ganz klar geregelt, wie die Kostenerstattung vorgenommen wird. Ich kann Ihre Frage explizit beantworten. Für jede Erhebungsstelle werden 38.300 Euro als Basiszuweisung vorgesehen. Im Rahmen der Gebäude- und Wohnungszählung werden für jedes bearbeitete Gebäude 10,99 Euro erstattet. Und so geht das weiter.

Heute haben wir den 2. März. Am 1. März, also gestern, haben die Kommunen bereits 65 % der prognostizierten Kosten als Abschlagszahlung auf ihrem Konto erhalten.

(Beifall bei der CSU)

Wenn das keine prompte Erledigung der Wünsche ist, dann weiß ich nicht, was wir noch tun sollen. Die Kommunen haben also 65 % bekommen, obwohl noch keine Kosten angefallen sind. Der Rest der Kosten wird überwiesen. Darüber gibt es ein Einverständnis mit dem Städtetag.

Ich will Ihnen jetzt nicht erzählen, wie die Einzelheiten geregelt sind. Das kann die Staatsregierung machen. Da bekommen Sie das auch schriftlich.

Insofern ist es völlig unproblematisch, Ihrem Antrag zuzustimmen, mit der von Ihnen genannten Einschränkung, dass das Wort "rechts-" im Wort "rechtsextremistisch" gestrichen wird.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Präsidentin Barbara Stamm: Die nächste Wortmeldung kommt von Herrn Kollegen Ritter.

Florian Ritter (SPD): Sehr geehrte Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich habe schon fast befürchtet, dass, nachdem Kollege Lorenz versucht hat, hier vorab den Bericht zu geben, der Antrag jetzt für erledigt erklärt wird. Aber es wird durchaus noch einiges zu regeln sein.

Es ist klar, dass man für eine so große Maßnahme wie den Zensus 2011 Vertrauen herstellen muss. Datenschutz ist Vertrauenssache. Deshalb muss versucht werden, das Zensusverfahren für die Bürgerinnen und Bürger so transparent wie möglich und auch so sicher wie möglich zu gestalten.

Es hat im Vorfeld eine ganze Reihe von Diskussionen über den Datenschutz gegeben. Viele Dinge wurden umgesetzt, manche aber leider nicht. Der Datenschutzbeauftragte für den Freistaat Bayern verweist unter anderem darauf, dass versucht worden ist, auf eine personenscharfe Erhebung in den sogenannten Sonderbereichen zu verzichten, auf die Kollegin Kamm schon hingewiesen hat.

Diese Dinge konnten im Gesetz leider nicht umgesetzt werden. Dafür wird aber versucht, frühzeitig eine Trennung und Löschung der personenbezogenen Hilfsdaten oder Hilfsmerkmale umzusetzen.

Nichtsdestotrotz beträgt hier die maximale Speicherfrist für die Hilfsdaten vier Jahre. Wir sind der Auffassung, dass man diese vier Jahre nicht bis zum Letzten ausnutzen muss.

Der Antrag greift einige Probleme auf, die es im Zusammenhang mit dem Zensus nach wie vor gibt.

Die Bestrebungen der NPD, sich in Maßnahmen der Zählung einzuschleichen, sind mittlerweile bekannt geworden; die machen immer mehr die Runde. Ich denke, auch hier ist vonseiten der staatlichen Stellen eine möglichst gute Transparenz notwendig,

damit die Bürgerinnen und Bürger nicht verunsichert werden. Für den Zensus wäre nichts tödlicher, als wenn sich die Bürgerinnen und Bürger massenhaft Sorgen darüber machen müssten, was mit ihren Daten geschieht.

Für die bayerischen Bürgerinnen und Bürger muss also eine Gewissheit hergestellt werden. Dazu dient der Antrag. Aus diesem Grund werden wir ihm zustimmen.

(Beifall bei der SPD)

Präsidentin Barbara Stamm: Als Nächster hat sich Kollege Streibl zu Wort gemeldet.

Florian Streibl (FW): Sehr geehrte Frau Präsidentin, werte Kolleginnen und Kollegen! Dass der Zensus wichtig ist, wissen wir alle. Die Behörden, die Exekutive, wir alle brauchen Daten, um planen zu können und zu wissen, wo und wie wir Schulen und Krankenhäuser bauen müssen. Es ist eine wichtige Erhebung im Hinblick auf die demografische Entwicklung in Deutschland, die auch ein Nachjustieren möglich machen soll. Man will wissen, wie die Wanderungsbewegungen im Land sind.

Dennoch wissen wir, dass Volkszählungen und Datenerhebungen immer in der Gefahr sind, dass Daten nicht geschützt werden. Es gibt ein Missbrauchsrisiko. Auch bei der ersten Volkszählung, die vor 2.000 Jahren stattgefunden hat und geschichtlich belegt ist, waren die Daten nicht sicher. Man muss also immer einen Finger darauf legen und prüfen, wie alles funktioniert.

Insofern begrüßen wir den Antrag und das Vorhaben, die Fragebögen auch in fremden Sprachen auszugeben. Wenn man Daten erheben möchte, müssen die Fragebögen so gestaltet sein, dass alle, die befragt werden, damit richtig umgehen können und die richtigen Antworten geben.

Wichtig sind auch die Hilfsmerkmale. Das hört sich ein bisschen harmlos an. Aber die Hilfsmerkmale sind im Grunde die sensiblen, höchstpersönlichen Daten, die es zu schützen gilt. Diese Daten können die ganze Erhebung aufschlüsseln und sogar personenscharf machen. Deswegen ist es richtig, zu sagen, dass die Hilfsmerkmale zum

frühestmöglichen Zeitpunkt zu löschen sind, damit eine Verknüpfung zu Einzelpersonen nicht mehr stattfinden kann.

Wir unterstützen auch den Berichtsantrag. Es geht auch auf unsere Anregung zurück, dass man die Vorsichtsmaßnahmen nicht auf Rechtsextremisten einschränkt, sondern auf alle Extremisten ausdehnt. Denn wenn bekannt ist, dass die NPD unterwegs ist, könnten auch andere Gruppierungen auf die Idee kommen, sich einzuklinken, um an gewisse Daten zu kommen. Deswegen sind wir froh, dass die Streichung vorgenommen worden ist. Denn es gibt nicht nur eine Bedrohung von rechts, sondern auch eine von links. Es gibt auch eine von religiösen Fanatikern. Auf diese Dinge muss man ein besonderes Augenmerk haben.

Dann gibt es sensible Sonderbereiche, in denen Erhebungen gemacht werden können. Das sind zum Beispiel Heime, Krankenhäuser, Gefängnisse. Da muss man mit den Daten vorsichtig umgehen, oder man sollte sie gar nicht erst erheben. Denn da ist die Gefahr einer sozialen Stigmatisierung besonders gegeben, weil zum Beispiel genau gesagt werden könnte, wer an einem bestimmten Ort befragt worden ist.

Was die Konnexität betrifft, müssen die Kommunen die finanzielle Ausstattung bekommen, die für die Erhebung notwendig ist. Wir haben zwar gehört, dass da alles geregelt sei, dass bereits 65 % der Kosten ausgezahlt worden sind, aber man sollte trotzdem auf alles achten. Denn es könnte ja sein, dass die Erhebung teurer wird, dass man sich verschätzt hat und am Schluss notwendigerweise nachregulieren muss. Die Kommunen sollten nicht letztlich sozusagen die Hilfsbeamten der Erhebungsbehörden sein und auf den Kosten sitzen bleiben.

Deswegen halten wir den Antrag für durchweg gut. Wir werden ihn unterstützen. Wir freuen uns natürlich, dass auch die CSU ihn unterstützt. Das ist fast eine erschreckende Art und Weise des Umgangs zwischen Schwarz und Grün. Eine solche Harmonie ist fast verdächtig. Liebe Kollegen von der FDP, Sie müssten einmal genauer hinschauen, was da los ist.

(Beifall bei den Freien Wählern)

Präsidentin Barbara Stamm: Die nächste Wortmeldung kommt von Herrn Kollegen Dr. Fischer.

Dr. Andreas Fischer (FDP): Sehr geehrte Frau Präsidentin, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Natürlich ist das hier nicht nur eine schwarz-grüne, sondern auch eine schwarz-gelb-rot-grün-orangefarbene Einheit. Ich freue mich, dass sich alle Fraktionen in diesem Haus in der Zielrichtung auf den gleichen Weg begeben.

Der Zensus 2011 ist dringend nötig, weil wir eine Datengrundlage brauchen. Wenn man davon ausgeht, dass Deutschland 1,3 Millionen Einwohner weniger hat als in der Statistik ausgewiesen, so zeigt sich: Die Republik hat sich verändert, die Datenbasis nicht. Abhilfe ist also nötig.

Gegenüber der letzten Volkszählung im Jahr 1987 gibt es einen entscheidenden Fortschritt: Wir führen einen sogenannten registergestützten Zensus durch, das heißt, es müssen nicht alle befragt werden. Dennoch ist es wichtig, dass die Belange des Datenschutzes angemessen berücksichtigt werden. Deswegen begrüße ich ausdrücklich die Initiative der GRÜNEN, die hier vorgetragen wird.

Nun zu den Vorstellungen im Einzelnen.

Zunächst zu den fremdsprachigen Fragebögen. Wir halten es für sinnvoll, wenn Übersetzungshilfen angeboten werden. Herr Kollege Lorenz hat darauf hingewiesen, dass die Amtssprache Deutsch ist. Aber niemand hat doch etwas davon, wenn falsche Angaben gemacht werden, weil die Fragebögen nicht verstanden werden. Es liegt in unser alle Interesse, dass eine Übersetzungshilfe angeboten wird, und dies ist auch beabsichtigt.

Die Löschung ist der zweite Punkt, der angesprochen worden ist. Hierzu kann ich sagen: Es ist bereits gesetzlich vorgesehen, die Speicherfrist so kurz wie irgend mög-

lich zu gestalten. Das ist vom Bayerischen Landesamt für Statistik und Datenverarbeitung bereits berücksichtigt. - Beide Forderungen unterstützen wir also.

Nun zum ersten Teil des Berichtsantrags. Dieser ist wichtig. Ganz kurz zu den einzelnen Punkten:

Der erste Punkt, die Frage der zuverlässigen Erhebungsbeauftragten. Natürlich müssen die Erhebungsbeauftragten zuverlässig sein, und selbstverständlich wollen wir in diesem Bereich keine Extremisten haben. Auch wir als FDP-Fraktion legen Wert darauf, dass die Formulierung im Antrag auf alle Extremisten ausgedehnt wird. Der Bereich der NPD, bei der Missbrauchsmöglichkeiten bestehen, die ganz klar auf der Hand liegen, ist angesprochen worden. Gleiche Missbrauchsmöglichkeiten könnte ich mir auch bei islamistischen oder anderen Extremisten vorstellen. Ich denke, es ist wichtig, dass wir versuchen, Missbrauch zu verhindern, auch wenn ich nicht verhehle, dass dies in meinen Augen schwierig sein wird, weil wir natürlich nicht die Gesinnung der Erhebenden ausforschen können.

(Ulrike Gote (GRÜNE): Das sehe ich auch so!)

Der zweite Teil des Berichtsantrags betrifft die sensiblen Sonderbereiche. Hier hat, wie ich meine, der Landesbeauftragte für den Datenschutz sehr vernünftig darauf hingewiesen, dass man in diesen Sonderbereichen zwischen den besonders sensiblen Sonderbereichen wie Behindertenheimen, Justizvollzugsanstalten und Krankenhäusern und den weniger sensiblen Sonderbereichen wie Studentenwohnheimen unterscheiden sollte. Deswegen würde es mich auch persönlich interessieren, wie das jetzt gehandhabt werden soll, wie dem Schutz der sensiblen Sonderbereiche Rechnung getragen wird. Ich halte auch diesen Teil des Berichtsantrags für sinnvoll. Gleiches gilt für die Frage der Kostenverteilung.

Unser Resümee: Dieser Antrag ist durch und durch zustimmungsfähig. Wir begrüßen den Antrag, und wir begrüßen es noch mehr, dass alle Fraktionen dieses Hauses diesem Antrag zustimmen werden.

(Beifall bei der FDP und den Freien Wählern)

Präsidentin Barbara Stamm: Vielen Dank, Herr Kollege. Trotz Übereinstimmung hat die Frau Kollegin Kamm noch einmal ums Wort gebeten. Bitte sehr, Frau Kollegin Kamm.

Christine Kamm (GRÜNE): Ich möchte mich bei meinen vier Vorrednern für das Signal der Zustimmung bedanken und möchte zu Herrn Lorenz noch sagen, dass es schön ist, dass das Geld in der ersten Rate schon überwiesen worden ist. Die Kommunen mussten schon in der Vergangenheit Erhebungsstellen einrichten, hatten also bereits einen gewissen Aufwand.

Noch wichtiger ist es mir, deutlich zu machen, dass mich das fraktionsübergreifende Wahrnehmen der Problematik der Erfassung in den sensiblen Sonderbereichen freut. Leider ist dies im Bundesstatistikgesetz vorgesehen. Es wäre schöner gewesen, wenn man auf die personenbezogene Erhebung verzichtet hätte. Umso notwendiger ist es, dass wir jetzt gemeinsam dafür sorgen, dass die personenbezogenen Daten so schnell wie möglich gelöscht werden.

Zur Übersetzungshilfe muss ich sagen: Bisher sollten sie nur die Erhebungsbeauftragten bekommen. Es ist wirklich ein Fortschritt, wenn auch die Befragten selber sie erhalten. Herzlichen Dank dafür.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Präsidentin Barbara Stamm: Mir liegen keine weiteren Wortmeldungen vor. Die Aussprache ist geschlossen. Wir kommen zur Abstimmung.

Wer dem Dringlichkeitsantrag auf der Drucksache 16/7615 in der geänderten Fassung seine Zustimmung geben will, den bitte ich um das Handzeichen. - Ich bitte, die Gegenstimmen anzuzeigen. - Keine. Stimmenthaltungen? - Auch keine. Damit ist dieser Antrag einstimmig angenommen.

Die Dringlichkeitsanträge auf den Drucksachen 16/7617 bis 16/7619 werden an die zuständigen federführenden Ausschüsse verwiesen.